

Antrag Nr. 10-O-12-0020

Fraktion DIE REPUBLIKANER

Betreff:

Ergänzung der Feldholzallee vom Storchenhof zur Obstanlage (REP)

Antragstext:

Antrag der Fraktion DIE REPUBLIKANER:

Der Ortsbeirat fordert vom zuständigen Dezernat die Durchführung seines Beschlusses Nr. 0043 vom 25.08.2007 betreffend die Ergänzung der Feldholzallee vom Storchenhof zur Obstanlage und die Bereitstellung finanzieller Mittel zum Ankauf von Grundstücksstreifen entlang des Feldweges und deren Bepflanzung noch im Jahre 2010.

Begründung:

Die Biovernetzung und die Anlegung von Feldholzalleen ist jahrelanger Wunsch des Grünflächenamtes, des Umweltamtes und des Stadtparlaments und stellt im vorliegenden Fall eine Biotopvernetzung zur Obstanlage in unserer sonst ausgeräumten Agrarmonokultur dar, in der Gehölz, Vögel und Tiere keinen Platz haben.

Diese Begründung entlang des Feldweges ist für die Erbenheimer Bevölkerung neben dem Wäschbachtal der einzige Zugang zur Natur und wird täglich von vielen Erbenheimern genutzt, endet nach 300 m in trostloser Ackerscholle.

Die Stadt hat nicht nur die Interessen der Landwirte, sondern auch die Freizeitinteressen der über 8.000 Einwohner zu berücksichtigen, die sich in der Natur aufhalten wollen. Mit dieser Feldholzallee alleine ist Erbenheim von einer „Landschaft“ noch weit entfernt.

Bei der Ausweisung neuer Wohnflächen (auch Hintere Wandersmannstraße) wurden keine Ausgleichsflächen in Erbenheim, sondern anderswo in Hessen angelegt. Diese kleine Feldholzallee-Ergänzung ist ein bescheidener Ausgleich und eine ökologische Aufwertung für die Flächen, die in Erbenheim in den letzten Jahren bebaut wurden.

Wenn keine hochwertigen Äcker zur Biotopvernetzung genutzt werden dürfen, wie erklärt sich dann, dass zigtausende Quadratmeter dieser guten Äcker zu Bauland erklärt werden? Mit dem Versuch, den Ortsbeiratsbeschluss abzulehnen wendet sich der Magistrat gegen die Forderung des Ortsbeirates zur Biotopvernetzung und den Zugang zur Natur für die Erbenheimer Bevölkerung. Wir haben in Erbenheim keine Landschaft. Der Versuch sie zu schaffen, soll abgelehnt werden.

Dagegen protestiert der Ortsbeirat und fordert seinen Beschluss schnellstens umzusetzen. Der Ortsbeirat ist sich seiner Verantwortung in Abwägung der Interessen bewusst und möchte nicht entmündigt werden.

Wiesbaden, 31.03.2010

Kopp
Fraktionssprecher